

Was ist das Neue an Nachhaltigkeit?

Dr. Volker Hauff

**Rede auf der Nachhaltigkeitskonferenz Schleswig-Holstein
„Wir machen Zukunft“ am 24.4.2009 in Kiel**

Sehr geehrter Herr Minister von Boetticher,
sehr geehrter Herr Dr. Otto
meine Damen und Herren,

Ich danke Ihnen für die Einladung und für die Gelegenheit, im Rahmen Ihrer Konferenz einige Gedanken zur Nachhaltigkeit vorzutragen. Ich freue mich sehr, heute bei Ihnen zu sein.

Es gibt ein chinesisches Sprichwort das lautet: Wer nur an Sonnentagen läuft, kommt nie ans Ziel. Ich freue mich besonders, dass Sie in Schleswig Holstein das Thema Nachhaltigkeit trotz, oder vielleicht gerade wegen, schwieriger Zeiten angehen. Oft höre ich in diesen Tagen die Auffassung, dass Langfristdenken Luxus sei. Jetzt müsse man zuallererst versuchen, das Feuer zu löschen und aus dem Größten rauszukommen. Ich teile diese Konsequenz nicht. Für mich hat Albert Einstein recht, wenn er sagt: Man kann ein Problem nicht mit dem Denken lösen, das zu dem Problem geführt hat. Sie in Schleswig Holstein haben sich auf den Weg gemacht, eine langfristige Strategie für die Zukunft entwickeln. Das gefällt mir und davor habe ich Hochachtung.

Der Titel meines Vortrags ist „Was ist das Neue an Nachhaltigkeit?“. Zunächst einmal ist der Grundgedanke der Nachhaltigkeit alles andere als neu. Eigentlich handelt es sich um ein altes, bewährtes Prinzip aus der Forstwirtschaft. Carl von Carlowitz, ein Sachse und Ratgeber von August dem Starken, hat es im Jahr 1713 zum ersten Mal auf den Punkt gebracht: Holt nicht mehr Bäume aus dem Wald, als nachwachsen. Damals wurden über Gebühr Wälder für den Silberbergbau abgeholzt. Der war zu dieser Zeit das wirtschaftliche Rückgrat Sachsens. In Schleswig Holstein ist vielleicht ein anderes Beispiel passender: Hol nicht mehr Fische aus dem Meer als es die Regenerationsfähigkeit des Fischbestandes es zulässt. Kurz und gut: Lebe nicht von der Substanz, lebe vom Ertrag. Dieser Grundsatz ist richtig, damals wie heute.

I

Er ist nicht neu, er wurde aber neu entdeckt. Denn kurz darauf machte man damals die Entdeckung, dass man aus Kohle Feuer machen und Energie gewinnen kann. Damit begann ein Tiefschlaf der Nachhaltigkeit, der 300 Jahre währte.

Heute sind wir noch immer weit davon entfernt, mit dem Prinzip Nachhaltigkeit wirklich ernst zu machen. Die Krise der Finanzwirtschaft ist eine Krise auf Grund nicht nachhaltiger Praxis beim Investment, beim Verhalten der Marktteilnehmer und der Chefs vieler Unternehmen. Hier wurde nicht nachhaltig gehandelt; stattdessen waren alle geprägt von kurzfristiger Gewinnmaximierung bei fast völliger Abwesenheit sozialer Verantwortung.

Meine Hauptthese ist: Das eigentlich Neue und Innovative an Nachhaltigkeit liegt nicht in den Zielen. An denen mangelt es uns nicht. Bis zum Jahr 2020 haben wir genügend Ziele formuliert. Ein riesiges Defizit haben wir allerdings bei der Anwendung und Umsetzung. Hier ist ein aktives Handeln von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft nötig. Denn eines ist klar: Eine nachhaltige Entwicklung wird es nicht geben, wenn wir nur auf den Staat fokussieren. Nachhaltigkeit lässt sich nicht von oben verordnen. Deshalb spielt gerade die Suche nach neuen Formen des Dialogs in der Arbeit des Nachhaltigkeitsrates eine große Rolle.

Lassen Sie mich mit einigen Bemerkungen zur historischen Entwicklung der Nachhaltigkeitspolitik beginnen. Zum Aufwachprozess nach 300 Jahren.

1972 legte die erste UN – Umweltkonferenz in Stockholm grundlegende Prinzipien des Umweltschutzes fest, die uns heute selbstverständlich erscheinen. Das Verursacherprinzip, die Vorsorge, die Warnung vor lediglich „end-of-the-pipe“-Strategien, die Kreislaufwirtschaft – das alles ist in Stockholm erstmalig zur Sprache gekommen.

Den nächsten Schritt in der internationalen Dimension markierte der Brundtland-Bericht im Jahr 1987. Die Kommission die ihn verfasst hatte, nannte sich ja Kommission „für Umwelt und Entwicklung“, genauso wie später die Rio-Konferenz. Damit ist ein Zusammendenken angedeutet, das zur damaligen Zeit sehr ungewöhnlich war. Die großen Fragen der Welt nach Bevölkerungsentwicklung, Wohlstand, Armutsbekämpfung, Umweltschutz und Zugang zu Ressourcen dürfen nicht mehr isoliert gesehen werden. Der Begriff der nachhaltigen Entwicklung versuchte, dieses Denken auf einen Punkt zu bringen. Die Brundtland-Kommission erarbeitete viele Vorschläge, die sich auch heute noch lohnen, dass man sich mit ihnen in Ruhe auseinandersetzt:

- Neu war die Idee, ein gemeinsames Verständnis von langfristigen Zielen für das menschliche Leben auf Erden entwickeln zu müssen.
- Neu war die Idee, dass es für den Weg dorthin völlig neue Governance-Formen braucht, nämlich quantifizierte Ziele und Indikatoren, mit denen sich messen lässt, was zu managen ist.
- Neu war die Empfehlung, die Regierungschefs der Staaten der Welt zu einer gemeinsamen Konferenz zusammen zu holen.

Die Empfehlung der Brundtland-Kommission, eine Weltkonferenz zu Umwelt und Entwicklung durchzuführen, führte 1992 nach Rio de Janeiro. Rio steht für Aufbruch, Begeisterung und Vision. In Rio begann ein neues Moment internationaler Politik. Der Startschuss für die multilateralen Regelwerke zum globalen Umweltschutz wurde gegeben. Mit der Agenda 21 wurde der Bogen von der Weltpolitik zur lokalen Politikebene geschlagen. Das ermutigte viele Menschen, sich vor Ort für eine neue Politik zu Umwelt und Entwicklung einzusetzen. In Rio wurde auch beschlossen, nach zehn Jahren eine Bilanz zu ziehen und neue Herausforderungen aufzugreifen. Das war der UN-Gipfel von Johannesburg im Jahr 2002.

Johannesburg fand in einer wesentlich veränderten Welt statt. Die Globalisierung hat sich in den 90-er Jahren massiv verstärkt. Armut und Umweltzerstörung haben sich vergrößert. Die Schere zwischen Arm und Reich ist noch weiter auseinandergegangen. Es gab Versuche, Umwelt und Soziales zurückzudrängen und allein der Wirtschaft Priorität zu geben.

II

Globale Probleme machen nationale und Landespolitiken nicht überflüssig. Das Gegenteil ist der Fall. Angesichts globaler Herausforderungen (z.B. der Klimakrise) brauchen die Menschen einen stabilen Politikrahmen, auch auf Landesebene. „Global denken, lokal handeln“; dieser Grundsatz war noch nie so richtig wie heute. Nötig ist eine langfristige Perspektive über Legislaturperioden hinaus. Und dafür sind Nachhaltigkeitsstrategien da.

Sie sind für Menschen da, die sich Sorgen um unsere Zukunft machen und die eine Orientierung suchen.

Sie sind für Berufstätige da, die sich Gedanken machen über die Arbeitswelt von morgen. Für sich und für ihre Kinder.

Sie sind für Studierende und Schüler da, die sich orientieren wollen; die Teil der Lösung von Zukunftsfragen sein wollen, und nicht Teil des Problems.

Sie sind für Menschen im Rentenalter da, die ihrem dritten Lebensabschnitt einen Sinn und eine Aufgabe in der Gemeinschaft geben wollen.

Sie sind für Unternehmen da, die das Kerngeschäft auf Nachhaltigkeit umstellen und die Geschäftsmodelle entwickeln wollen, die die Langfristigkeit im Auge haben.

Sie ist für Kommunalpolitiker da, die ihre Stadt nachhaltig entwickeln wollen.

Was wir nicht brauchen sind Sonntagsreden. Für mich ist nach fast neun Jahren im nationalen Nachhaltigkeitsrat klar: Wenn es uns nicht gelingt, die Nachhaltigkeitspolitik praktisch wirksamer, politisch relevanter und für die Akteure verbindlicher zu machen – dann verfehlen wir unsere Aufgabe.

Die Bundesregierung hat im vorigen Jahr die nationale Nachhaltigkeitsstrategie fortgeschrieben. Sie steckte dabei den Weg durch quantifizierte Ziele und messbare Indikatoren ab. Denn nur was man messen kann, kann man auch managen. Dabei war auch die Erkenntnis wichtig, dass es nicht alleine einen technologischen Wandel braucht. Technologische Innovationen sind zweifelsohne wichtig, zum Beispiel im Bereich Energieeffizienz oder Erneuerbare Energien. Da hat Deutschland auch Vortreffliches geleistet. Zum Beispiel wurde das Erneuerbare-Energien-Gesetz mittlerweile von 32 Länder übernommen. Es darf jedoch nicht beim technischen Muskelspiel bleiben; stattdessen muss ein Wandel auch in den Köpfen stattfinden. Es geht nicht nur um technische, sondern auch um soziale Innovationen. Um den Umgang des Menschen mit Natur und Ressourcen und um das schwierige Thema Lebensstile.

Insgesamt ist die nationale Nachhaltigkeitsstrategie ein beachtliches Dokument, auch im internationalen Vergleich. Allerdings muss man sagen, dass sie dem Attribut „national“ bislang nicht wirklich gerecht wird. Sie ist derzeit keine nationale Strategie. Sie ist eine Strategie der Bundesregierung. Erst jetzt aktuell kommt es zu einer ersten Tuchfühlung zwischen den Zuständigen auf Seiten des Bundes und auf Seiten der Länder. Ich betone sehr, dass wir – der Nachhaltigkeitsrat – diese Initiative der Bundesregierung sehr begrüßen.

Einen wichtigen Schritt hat der Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie im letzten Jahr gemacht, indem er Länder und kommunale Spitzenverbände erstmals zu eigenen Beiträgen

eingeladen hat. Momentan laufen Gespräche zwischen Bund und Ländervertretern. Dabei ist ein wichtiger thematischer Schwerpunkt die nachhaltige Beschaffung. Jahrelang wurde hier nach dem Motto „Geiz ist geil“ gehandelt. Nun kommt nach langem Bohren von unserer Seite endlich Bewegung in dieses Feld. Weitere Themen sind Demographie und Infrastruktur. Und, was ich sehr positiv finde: Bund und Länder diskutieren, ob es möglich ist, sich auf abgestimmte Ziele und Indikatoren zu einigen.

Das sind sehr positive Entwicklungen. Denn ohne ein Zusammenwirken von Bund und Ländern ist eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland nicht möglich. Zum einen sind wichtige Kompetenzen im föderalen Deutschland auf Länderebene angesiedelt. Man denke nur an das Thema Bildung, an die Mobilitätspolitik oder an das schwierige Thema Flächeninanspruchnahme. Die zusätzliche Inanspruchnahme von Fläche für Siedlung und Verkehr liegt in Deutschland derzeit immer noch bei rund 100 Hektar pro Tag. Wir, der nationale Nachhaltigkeitsrat, haben viele Veranstaltungen zu diesem Thema durchgeführt. Da wurde sehr deutlich: Hier wird sich nur etwas bewegen, wenn man die verschiedenen Ebenen an einen Tisch holt.

III.

Ob auf Ebene der Länder oder auf Ebene des Bundes: Nachhaltigkeit ist keine leichte Aufgabe. Wir haben in den letzten Jahren viel mit der Bundesregierung diskutiert. Wir haben konstruktiv gestritten. Wir haben eine Menge an Vorschlägen eingebracht. Viele wurden aufgegriffen, andere nicht. In den Jahren der Beratungsarbeit haben wir festgestellt: Es gibt einige Dinge, die immer wieder eine Rolle spielen. Dinge, um die man quasi nicht drum herum kommt, wenn man es mit der Nachhaltigkeit ernst meint. Diese Dinge möchte ich auch Ihnen auf den Weg geben, als ungefragten Rat sozusagen.

1. Nur wer Ziele hat weiß wohin der den nächsten Schritt setzen muss

Wichtig ist es, klar zu benennen, wohin die Reise eigentlich gehen soll. Was bedeutet es genau, wenn wir von Nachhaltigkeit sprechen? Was ist gut für unsere Kinder und Enkelkinder? Wohin soll sich Schleswig Holstein in den nächsten zehn, zwanzig oder dreißig Jahren entwickeln? Hier sind zum einen klare Zielvorstellungen nötig, und zum anderen Indikatoren, die die Entwicklungen messbar machen. Dabei gilt: Nicht die Größe des einzelnen Schrittes ist entscheidend, sondern die Erkennbarkeit der Richtung.

Das bedeutet zunächst einmal: Man muss sich auf etwas einigen. Allein das ist ein Mehrwert; denn die Diskussion über gemeinsame Ziele für die Zukunft befördert den Dialog aller Beteiligten.

Darüber hinaus kommt Zielen und Indikatoren aber noch eine andere, wichtige Rolle zu: Sie sind Voraussetzung für ein wirksames Management. Denn nur was messbar ist, kann man auch managen. Nur wer Ziele und Indikatoren hat kann feststellen, ob er in die richtige Richtung steuert und wie weit er noch vom Ziel entfernt ist.

Wir haben letztes Jahr geprüft, wie weit die Bundesregierung eigentlich noch von den Nachhaltigkeits-Zielen entfernt ist, die sie sich selbst gesetzt hat. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie hat ja 21 Indikatoren. Zum Beispiel ist ein möglichst geringer Stickstoffüberschuss ein Indikator für eine nachhaltige Landwirtschaft, eine hohe Energie- und Rohstoffproduktivität ist ein Indikator für eine nachhaltige Ressourcennutzung. Wir haben für jeden Indikator eine Ampel vergeben, um zu veranschaulichen, wie weit die Bundesregierung noch vom Ziel entfernt ist. Rot bedeutet: Hier sind wir weit außerhalb des Zielkorridors. Bei einer gelben Ampel kann das Ziel wenn dann nur durch zusätzliche Maßnahmen erreicht werden. Grün bedeutet: Der Trend entwickelt sich positiv, die Zielerreichung ist möglich. Das Ergebnis war: Die Hälfte der Ampeln steht derzeit auf rot. Zwei Drittel stehen auf rot oder gelb.

So ein Ergebnis soll niemanden an den Pranger stellen. Aber es soll deutlich machen: Hier gibt es Handlungsbedarf. Einiges läuft bereits gut. Da sind wir auf der richtigen Spur. Zum Beispiel gab es eine grüne Ampel für die Erneuerbaren Energien. Aber an anderen Stellen muss dringend nachgesteuert werden. Hier reicht das, was bisher getan wurde, nicht aus. Das ist eine Information, aus der wir Konsequenzen ziehen müssen. Und hier fängt die Arbeit eigentlich erst an. Darum geht es in meinem nächsten Punkt, den ich Ihnen ans Herz legen möchte:

2. Nachhaltigkeit als Managementaufgabe begreifen

Damit meine ich zum einen die handwerkliche Seite, die praktische Arbeit: Den Zielbereichen müssen wirksame Maßnahmen zugeordnet werden. Es braucht einen regelmäßigen Datenreport. Es muss einen öffentliches Monitoring- und ein Controlling geben. Davon betroffen sind Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Zum anderen geht es bei dieser neuen Aufgabe aber auch darum, das nötige geistige Umfeld zu schaffen. Nachhaltigkeit wird nicht von oben verordnet. Es geht darum, auf kreative Art und Weise Aufbruchsstimmung zu erzeugen und die Selbstbestimmtheit der Menschen zu fördern.

Seit dem Brundtland-Bericht hat sich im Nachhaltigkeitsmanagement viel getan; auch, oder gerade, in der Wirtschaft. Vor einigen Jahren noch war in Unternehmen noch eine gewisse Zurückhaltung zu spüren. Mittlerweile sieht das anders aus. Wir sehen eine verfeinerte Berichterstattung, wir sehen Wertschöpfungskettenmanagement, unternehmerische Nachhaltigkeitsindizes, Rating- und Rankinginstrumente, Nachhaltigkeits-Reporting. Bei vielen gehört Nachhaltigkeit wirklich zum Brot- und Buttergeschäft. Hier ist hier viel Bewegung zu verzeichnen; meiner Einschätzung nach derzeit mehr als im öffentlichen Sektor.

3. Wer Wirksamkeit will braucht Verbindlichkeit

Ich habe den Eindruck, dass Nachhaltigkeit momentan noch nicht wirklich akzeptiert ist. Es wird zwar weitgehend geduldet, eine Reihe von Projekten in den neuen Rahmen „Nachhaltigkeitsstrategie“ zu stellen, solange es niemandem weh tut. Aber wenn es darum geht, Nachhaltigkeit wirklich zur Leitlinie politischen Handelns zu machen, begegnet einem zuweilen immer noch eine Art wohlwollende Ignoranz.

Eine Nachhaltigkeitsstrategie darf sich jedoch nicht in einem Bilderrahmen für schöne Projekte erschöpfen. Sie braucht einen festen Platz in politischen Entscheidungsabläufen. Die Festlegung klarer Verantwortlichkeiten ist nötig. Das gilt für die Arbeitsteilung innerhalb einer Regierung, aber auch für die Kooperation mit der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft. Und für die Abstimmung zwischen den föderalen Ebenen. Für diese Arbeitsteilung gilt es Strukturen und Mechanismen einzurichten, Rollen und Verantwortlichkeiten zu definieren, Berichtspflichten einzuführen, Plattformen der Begegnung und des Austauschs zu schaffen. Und die Verantwortlichen brauchen entsprechende Arbeitskapazitäten. „Capacity building“ ist eines der wichtigen Elemente der Erklärung von Rio.

Darüber hinaus muss Nachhaltigkeit zur Chefsache gemacht werden. Das gilt für ein Unternehmen im gleichen Maße wie für eine Bundes- oder Landesregierung. Nachhaltigkeit ist eine Führungsaufgabe par excellence.

4. Zielkonflikte gehören benannt

Ich will es ganz klar sagen: Nachhaltigkeit ist zuallererst ein Streit-Thema. Es geht nicht um Harmonie. Es geht zunächst um Auseinandersetzung. Wer die Erhaltung der natürlichen Ressourcen und das Wohl zukünftiger Generationen im Blick hat, und wer dabei nicht bei allgemeinen und unverbindlichen Erklärungen stehen bleibt, der muss zwangsläufig auch mal anecken. Lösungsvorschläge zur Nachhaltigkeit werden und müssen oft im Konsens der Beteiligten gefunden werden. Doch vor dem Konsens steht der Streit. Der muss sein. Verstehen Sie das Wort nicht falsch. Ich meine damit: Die Klärung der Sache. Die Suche nach dem Konsens kann eben nur erfolgreich sein, wenn vorher die Interessenskonflikte offen angesprochen werden. Nachhaltigkeit erfordert also auch eine neue Kultur des Dialogs. Mein letzter Punkt:

5. Kein Wandel ohne Partizipation

Nachhaltigkeit kann nicht per Gesetz allein verordnet werden. Hier sind Akteure aus der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und der Wissenschaft gefragt, die Strategie mit zu tragen. Aber mittragen möchte in der Regel nur, wer auch mitgestalten darf. Deshalb braucht es Plattformen für Netzwerke, Dialoge und Erfahrungsaustausch zur nachhaltigen Entwicklung. Partizipation ist ein zentraler Bestandteil von Nachhaltigkeit, sofern man sie ernsthaft betreibt: Nicht als Spielwiese, sondern als einen Ort, wo aus dem Gegeneinander ein Miteinander werden kann.

Ein Beispiel: Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat im vorigen Jahr die einhundert jüngsten Kommunalparlamentarier Deutschlands für drei Tage nach Berlin geholt. Es kamen 18 bis 23jährige. Sie brachten aus ihren Wahlkreisen Beispiele kommunaler Nachhaltigkeitspolitik mit. Es war beeindruckend, wie hochmotiviert die Diskussionen waren, wie konkret die Ergebnisse und wie dankbar die jungen Politiker waren, dass ihre Empfehlungen in den Fortschrittsbericht der Bundesregierung aufgenommen wurden.

IV.

Meine Damen und Herren, das Neue an Nachhaltigkeit ist, dass das Neue immer wieder neu zu erfinden und neu zu definieren ist. Manchmal wird als anderer guter Ausdruck für Nachhaltigkeit der Begriff Zukunftsfähigkeit verwendet. Oder Generationengerechtigkeit. Jeder weiß, dass die Suche nach Gerechtigkeit nie abgeschlossen sein wird. Die

Nachhaltigkeit ist die Schwester der Gerechtigkeit, deshalb ist Nachhaltigkeit ein kontinuierlicher Suchprozess.

Ich freue mich, dass Sie sich in Schleswig-Holstein auf diese Suche begeben. Ich wünsche Ihnen dabei viel Erfolg.